

Wie die Linke sich die rechten Wähler verständlich macht statt sie zu kritisieren

(Einleitung, auch Ankündigungstext)

Viele wählen in Deutschland rechts, viele sind ehemals Wähler der Linken. Leitkommentatoren wiederholen genüsslich ihren Kalauer, dass Rechts und Links eh dasselbe, nämlich extrem sei, was allerdings gar nichts daran erklärt, warum das eine und nicht das andere gewählt wird.

Die Linkspartei stellt sich diese Frage, einigermaßen bestürzt, denn Rechts ist für sie das Gegenteil davon, wofür Links steht: Solidarität mit Schwachen, gerade auch Flüchtlingen, Weltoffenheit...Andere Linke erschlagen gleich die Frage mit ihrer Antwort: Die Wähler der AfD ‚sind‘ einfach dieses Gegenteil von Links, Rechte eben.

Aber auch dort, wo Linke der Frage nachgehen, wie es Zeitgenossen dazu bringen, rechte Wähler zu werden, machen ihre Antworten ratlos: ‚Materiell unzufrieden, sozial verunsichert, politisch orientierungslos‘ seien diese Leute. Wie bringen es solche ‚Orientierungslosen‘ denn dann zu der politischen Orientierung, rechte Parteien seien genau die rechten für sie? Und was wollen diese Linken gegen diese politische Willensbildung eigentlich einwenden?

A. Die Linkspartei

1. Die rechten Wähler: ‚Zutiefst berechnete soziale Enttäuschung – von Rechts verführt und missbraucht‘

„Es ist falsch, die Wahlerfolge der AfD allein durch Rassismus und Rechtspopulismus zu erklären. Ihr Aufstieg ist nicht denkbar ohne die soziale Polarisierung, die sich aufgrund der neoliberalen Politik in Deutschland, aber auch weltweit dramatisch verschärft hat. Der Mangel an bezahlbaren Wohnungen und guten Jobs, die Reduktion der Demokratie auf die Verwaltung von Sachzwängen, ist der Nährboden, auf dem der rechte Kulturkampf gedeihen kann. Weil die Rechte die Flüchtlingskrise nutzt, um sie zu einem Konflikt zwischen drinnen und draußen zu machen, ist es Aufgabe der Linken zu zeigen, dass es ein Konflikt zwischen oben und unten ist.“ (Rede auf dem marx21-Kongress „Wohin steuert Deutschland?“, 6.5.16)

- R ist gegen die billige linke Abweichungs=Ausgrenzungsdenuziation "Rechte" – ok.
- R will "erklären": Wie kommen Leute, die genug eigene Probleme haben, dazu, sich für rechte Politiker zu engagieren und von denen für einen Konflikt Inländer gg Flüchtlinge, Deutschland gg Ausland? Frage in Ordnung: Die Gründe muss man schon wissen, wenn man nicht will, dass die Leute rechts werden. Dann muss man ja den Leuten ihre Gründe streitig machen können.
- Rs Antwort: aus materiellen Sorgen begründete Unzufriedenheit. Ok, das liegt bei der Masse vor, und das ist bei der immer der Motor politischen Engagements.
Nur, hier beginnt doch erst das Klärungsbedürftige: Wie kommt man denn von unbezahlbaren Wohnungen und schlecht bezahlten Jobs – aufs Wählen von Rechten, die gar nicht Wohnungen und bessere Löhne versprechen, sondern Durchgreifen gegen Flüchtlinge und Euro-Versager? Das ist sachlich gar nicht stringent und einleuchtend. Da müssen sich Leute schon von Rechten verkehrte Deutungen ihrer Unzufriedenheiten einleuchten lassen: Dass die materiellen Schäden eigentlich gar keine der Leute, sondern die Deutschlands sind, dass das vom Verrat Deutschland und seines Volkes durch die Eliten an die Fremden kommt usw.
- R will da nicht ran, an eine Kritik der rechten Politlehre und ihrer Wähler.
Scheidet krampfhaft verkehrt zwischen den guten Leuten, ihrer materieller Unzufriedenheit, ihrer Aufmüpfigkeit als Wähler – für ihn alles berechnete und in Ordnung, als wählen die nur und nicht rechts; und den Rechten, die die Leute nur missbrauchen als "Nährboden" fürs Aufkeimen ihrer rechten Ideen.
R will es sich nicht verscherzen mit den Wählern, kritisieren will er die Wählermassen nicht – nur: denunzieren als manipulierbaren "Nährboden" tut er sie schon.
- Kritik an der rechten politischen Deutung macht R nicht.
Eine eigene politische Deutung der Schäden der einfachen Leute macht er aber: Die kommen – links gedeutet – aus der "sozialen Polarisierung" durch "die Reduktion der Demokratie auf die Verwaltung

von Sachzwängen“.

Auch R will, dass die Leute nicht auf ihre Schäden schauen, sondern sich Sorgen machen um einen höheren: Unsere Gesellschaft driftet auseinander. Und das, wo doch - nach R - die Demokratie eigentlich für Versöhnung und Zusammenstehen von Volk und Staat, unten und oben da sei – aber von falschen Regierenden runtergebracht worden sei aufs Verwalten. Etwas unlogisch ist das schon: Dass Arme ärmer und Reiche reicher werden, muss dann schon irgendwie im System der Demokratie drinstecken, wenn das rauskommt, solange bloß verwaltet wird.

- Aber den Quatsch, dass es unbezahlbare Wohnungen und nur schlecht bezahlte Jobs nur deswegen gibt, weil nicht gegengesteuert wird von sozialen demokratischen Politikern, muss ein linker Wahlkandidat wohl verbreiten. Für das Ideal der Versöhnung will er ja gewählt werden und es politisch repräsentieren. Dem ist ja nicht damit gedient, dass sein *Konflikt zwischen oben und unten* von unten zum Klassenkampf ausartet.

2. Flüchtlingsfeindschaft im Volk: ‚Verständlich – von der Regierung verschuldet‘

R macht aus rechten Wählern sozial Unzufriedene; W fasst ehrlicher ins Auge, dass sie ihr Kreuz bei Flüchtlingsfeinden machen:

„Wir haben heute einen großen Niedriglohnsektor mit Leiharbeit, Dauerbefristungen, Minijobs. Viele Flüchtlinge werden gerade in diesem Sektor Arbeit suchen und verstärken damit den Druck auf die Löhne. Ähnlich ist es bei den Wohnungen. Da suchen die Flüchtlinge vor allem in jenen Stadtvierteln, in denen die ohnehin schon Ärmeren leben. Wenn dann Mieten steigen, schürt das die Stimmung gegen Flüchtlinge. In Wahrheit ist das die Folge einer Politik, die den Arbeitsmarkt dereguliert und den sozialen Wohnungsbau weitgehend eingestellt hat.“ (Interview der FAS mit Wagenknecht und Petry, 2.10.)

- W zeichnet ein zutreffendes Bild von der sozialen Lage der Lohnabhängigen in D. Und davon, dass ihnen diese Lage in ihrer Konkurrenz aufgezwungen wird, in der sich die Leute wirklich im Kampf um eine Wohnung und einen Arbeitsplatz ausstechen müssen und damit für alle das Niveau verschlechtern.

Und W skizziert einen furchtbaren politischen Denkfehler zu dieser Lage, den Rechte propagieren und rechte Wähler ankreuzen:

Man entdeckt für die eigenen Schäden nicht in der Konkurrenz den Grund, schon gar nicht in den ökonomischen Rechnungen der Unternehmen, die die Konkurrenzbedingungen am Arbeits- und Wohnungsmarkt entscheiden; man legt die Schäden Konkurrenten zur Last, und da auch noch den ohnmächtigsten, Flüchtlingen usw. Letzteres, weil man wähnt, man werde doch wohl noch unterscheiden dürfen zwischen deutschen Konkurrenten, die man natürlich respektiert, und fremden, die gar nicht da sein dürften.

Was ist das für ein politischer Fehler?

Da kennen Leute zur Abwehr ihrer Schädigung gar nichts Naheliegenderes mehr; und nichts anderes mehr als die Berufung darauf, dass sie doch zum guten Volk gehören und als solches eine wohlmeinende deutsche Herrschaft verdient hätten, die ihnen – wenn schon sonst nichts – die Fremden fern hält. [ein Fehler, kein Automatismus, wenn das Leben tatsächlich in sozialrechtlichen und sozialversicherungsrechtlichen Bahnen]

- W mag das alles nicht – und findet es ohne jeden Ansatz von Kritik völlig verständlich, ja so selbstverständlich wie einen willenlosen Reflex.
- Dass W das nicht mag, das reserviert sie sich ganz für einen Schuldspruch an die Politik, nicht der Politik überhaupt, sondern der der Regierung. Noch etwas absurder als bei R: Ausländerfeindlicher Nationalismus ist Reflex auf Niedriglohn und Mietenexplosion – und die kommen durch zweifaches Nichtstun der Politik zustande: *Arbeitsmarkt dereguliert, Wohnungsbau eingestellt.*
- Auch der Quatsch hat System: So predigt W den Leuten, was ihnen wirklich fehlt: Soziales, klar, aber dann vor allem wirklich durchgreifendes Regieren.

Das ist hier die verheerende Lehre der Linken: Ein OK dazu, dass Lohnabhängige sich selbst als ohnmächtig gegenüber den Schädigungen definieren, die ihnen das Geschäft beim Geldverdienen in der Arbeit und beim Geldausgeben für den Lebensunterhalt zufügen; ein Ok dazu, das es überhaupt nur eins für sie gibt, dass sich die politisch Zuständigen und Mächtigen etwas um sie kümmern! ('Es rettet uns nur ein höheres Wesen')

3. Der Ruf nach dem starken Staat: ‚Nicht den Rechten überlassen‘

„Aber wenn Sie, Frau Petry, sich in Ihrem Programm auf die Gründerväter der Sozialen Marktwirtschaft berufen, dann sollten Sie wissen: Diese Ökonomen wollten einen starken Staat, der unserer Wirtschaft Regeln setzt und soziale Sicherheit garantiert. Sie dagegen wollen einen schwachen Staat und mehr Privatisierung, im Ergebnis wachsende Marktmacht, Ausbeutung und Ungleichheit. Setzt man Ihr Programm um, Frau Petry, dann würde die gesellschaftliche Mitte weiter geschwächt und würden die Ärmern noch ärmer.“ (Wagenknecht, Interview der FAS)

- Verrückt ist schon, was W macht: Der AFD ans Bein binden wollen, AFD wolle den Staat schwächen und einen schwachen Staat.
Einer Partei – das ist überhaupt rechts -, die die Leute darauf einschwört, die Schwäche des deutschen Staates, die Schwäche an seinen Grenzen, die Schwäche im Innern gegen Pflichtverletzer, sei das einzige Leiden und daraus erklärten sich alle Leiden des Volkes.
- Nun hat W ja mittlerweile den Ruf, sie wolle als "Populistin" bei den rechten Populisten wildern und denen Wähler klauen, nämlich die mit den Ruf nach dem starken Staat, indem sie halt auch nach dem ruft.
Nur: W will nicht nur taktisch, sondern wirklich den starken Staat, aus eigenen linken, verkehrten Gründen. Wer nämlich auf links "alternativlos" alle materiellen Nöte auf soziale Betreuung durch den Staat ausrichtet, der ist dann auch für dessen Handlungsfähigkeit und Handlungsfreiheit.
Nicht wie Rechte für Handlungsfreiheit gegen Ausländer (obwohl gerade W sich nicht ziert und Merkel Staatsversagen gegenüber den Flüchtlingen und Kuschen vor der Türkei vorwirft.)
Aber gegenüber "der Wirtschaft" und ihrer "Marktmacht" soll der Staat dann schon handlungsfrei sein, nicht um sie zu entmachten, sondern um ihr Grenzen beim Verarmen zu ziehen; und finanziell soll der Staat mächtig sein, um den sozialen Schäden – die dann offenbar trotz der "Grenzen" auch nach linker Rechnung zustandekommen, entgegenzusteuern.
- Da soll doch noch mal der Widersinn gesagt sein, der Fehler an dieser linken Politlehre:
 1. Wer auf Staat als Macht setzt, damit er Grenzen setzt gegen die sozialen Schäden, die die kapitalistische Wirtschaft anrichtet, der könnte einsehen, dass es dann dieselbe Staatsmacht ist, die die kapitalistische Wirtschaft überhaupt rechtlich ermächtigt, ihr Werk und dessen Schäden anzurichten.
 2. Wer auf die Staatsfinanzen orientiert, mit denen durch Umverteilung Armutserscheinungen gemildert werden können, kauft sich das Zustandekommen dieser Staatsfinanzen durch erfolgreiches kapitalistisches Wirtschaften mit ein – und damit das Zustandekommen der Armut.
- Aber mit solchen Wahrheiten würde W nie Vizekanzlerin.

Zwischenfazit: Warum die Linke die Auseinandersetzung mit dem politischen Urteil der rechten Wähler meidet

- Da deuten parteipolitische Konkurrenten die Lage, die „ihre“ Wähler zurück gewinnen wollen statt deren politische Fehler zu kritisieren. Wenn es das nur wäre!
- Die Linke nimmt Partei für und propagiert die politische Übersetzung jeden Schadens unterm Staat in einen aus der Position des Ohnmächtigen erteilten Auftrag an die politisch zuständige Staatsmacht, dessen Repräsentant die Linke sein will. Die Linke will also nicht nur Wähler abholen, sie will die Leute in der fatalen Rolle des Wählers, der seine Interessen und Sorgen bei der Politik aufgibt.
- Daraus folgt der Beitrag der Linken zur politischen Willensbildung, dass das Volk – dann auch - den funktionsfähigen Staat braucht, nämlich als ‚Bedingung‘ allen sozialen Kümmerns:
Das Abstandnehmen von den Ansprüchen und ihre Unterordnung unter alle staatlichen Notwendigkeiten!
Das ist der Punkt der Gemeinsamkeit zwischen Links und Rechts - und des äußersten Gegensatzes;
Rechts verbietet nämlich jede Bedingung für den Willen zum und Dienst am starken Staat.

B. Linksradikale

Die nicht als Wahlpartei um die rechten Wähler konkurrieren

4. ‚Schweine in Kaltland‘

„Selbst im Gewinnerland der Krise, Deutschland, wähnt sich die weiße Mittelschicht auf dem absteigenden Ast. Aggressiv klammert sie sich an die wenigen sozialen und ideologischen Placebos, die der autoritäre Wettbewerbsstaat als Entschädigung anbietet. Unsicherheit und Angst sind die vorherrschenden Reaktionen. Das wiederum produziert reihenweise Schweine, die es schaffen, zugleich antisozial und konformistisch zu sein, die sich untereinander ausnutzen und dabei vorm Chef kuschen. Dass aber selbst diese schlechte Welt instabil ist, wird nun nach dem kurzen Frühling des Missvergügens der Griechenlandkrise durch die sogenannte Flüchtlingskrise für alle offensichtlich. (...) Angesichts des Mangels an gesellschaftlichen Alternativen erscheint der Weg in die nationale Abschottung als rationale Option, um die eigenen Besitztümer zu sichern. Doch aus dem Kalkül wird Misstrauen, aus dem Misstrauen Angst, Wut, Paranoia, Pegida und AfD. Linke Alternativen, also ein Leben ohne Angst samt Aufklärung über das, was die Welt und die Individuen antreibt, scheinen derweil nicht verfügbar. Die wären aber notwendig, um eine Abkehr von der Angst attraktiv zu machen.“ (<https://umsganze.org/kampagnentext-2016/>)

- UG mag die rechten Wähler erkennbar nicht und verweigert ihnen auch ein Verständnis im Sinne der Linkspartei, da hätten sich verwirrte Seufzer nach sozialer Verbesserung verirrt zur falschen Adresse.
- Stattdessen Kritik?
Nein, eine zur Karikatur übertriebene Ausmalung von Konkurrenz-moral und Patriotismus, ein Sittenbild, das alle Fehler tilgt:
keine Kritik derart, dass Leute die erfahrenen Härten der Konkurrenz nicht dieser bzw. deren Veranstalter zurechnen, sondern Konkurrenten;
keine Kritik, dass sie ihre Abhängigkeit von den Gesetzen des Staates in die Parteinarbeit für ihn überführen und um nationale Privilegierung bitten.
UG kritisiert nicht, wie Leute ihre Interessen ruinieren, wenn sie auf ihren Willen zur Durchsetzung in der Konkurrenz setzen; und wenn sie ihre Nöte an den angerufenen Staat ausliefern – UG denunziert stattdessen die Leute durch ein abstrus-widersinniges Charakterbild: gemein gegen Leidensgenossen, Leute wie sie; gemeinsam mit den Peinigern
Wo kommt das her? Das ist erkennbar nichts als das negative Abziehbild gewünschter linker Moral: Solidarität und Widerständigkeit.
Da wird UG gemein: Wer die Abwesenheit von linker Moral an den Leuten verurteilt, der verurteilt, dass die angeblich zu viel achten auf ihren eigenen Nutzen und auf ihre Ansprüche an den Staat: "Besitztümer sichern"! Das Gegenteil einer Kritik, dass die Leute in Konkurrenz und mit dem Willen zum Staat ihre Interessen ruinieren.
- Dass den Leuten, die rechts wählen, gut bekommt, was ihnen UG als unsolidarisches Kriechertum ankreidet, will UG nicht behaupten. UG verlängert das denunzierte Charakterbild in einen psychopathologische Befund: "Kalkül wird..Angst, Wut, Paranoia, Pegida und AfD"
Statt Kritik eine „Erklärung“, die totale Be- mit totaler Entschuldigung vereinigt: So "ist" die Psychologie der Massen, denen linke Orientierung fehlt.
- Gewählt werden will UG nicht, elitär sein schon.
Aber wehe, jemand probiert eine Kritik an den Fehlern der Massen, die ihnen nicht bekommen. Das ist für UG elitär.